

Landesspitälern das Geld aus; bis 2019 sollen 93,9 Millionen. Das steht in einem Geheimprotokoll aus dem Kabeg-Aufsichtsrat, das die „Krone“ veröffentlichte. Der Alarm: Bei „gleichbleibendem Leistungsangebot“ könne man „nicht ausgeglichen budgetieren“. Die Folge: „Arbeitsplatz- und Standortgarantien sollen überdacht werden.“

☆

Die Landesspitäler auf der Intensivstation – ein Umstand, der nicht überrascht. Nur Berufsoptimisten können annehmen, dass es im Gesundheitswesen so weitergehen kann wie bisher. So gibt's in Mittelkärnten die wohl größte Spitalsdichte weltweit. Innerhalb von 40 Kilometern Luftlinie liegen das Krankenhaus Friesach, das in St. Veit, in Waiern sowie das Klinikum, die Elisabethinen und das Unfallkrankenhaus.

☆

Der Klubobmann der FPÖ, **Christian Leyroutz**, nutzt die aufgedeckten Budgetnöte für einen Angriff auf die SP und Spitalsreferentin **Beate Prettner**. Leyroutz: „Seit 15 Jahren führt die SP das Gesundheitsreferat – mit dem Ergebnis, dass wir vor einem finanziellen Desaster stehen.“ Prettner verharmlose das Problem „mit einer Naivität, die zeigt, dass sie den Ernst der Lage nicht begreift“, so Leyroutz.



Leyroutz: „Naive Prettner“



Kärnten INOFFIZIELL

Von Fritz Kimeswenger



Landesspitäler auf der Intensivstation/ Prettner gibt eine Standortgarantie ab/ Leyroutz: „SP ist schuld am Desaster!“/ Personalvertreter gegen Jobgarantie



Gabriel und Prettner: Suche nach den benötigten Millionen

Die derart angesprochene Prettner versucht sich unterdessen in Schadensbegrenzung. „Standort- und Beschäftigungsgarantien, wie sie auch im Regierungsprogramm bzw. der Gesundheitscharta festgeschrieben sind, haben volle Gültigkeit“, verspricht sie. Andererseits gesteht der Vorstand der Spitalshodding „Kabeg“, **Arnold Gabriel**, im „Krone“-Gespräch ein: „Ja, der Finanzrahmen ist sehr eng. Aber wir werden unsere Hausaufgaben machen.“

☆

Für Gabriel gibt es drei mögliche Auswege. Der „Kabeg“-Chef: „Die Effizienz steigern, die Strukturen ändern oder mehr Geld vom Eigentümer, sprich vom Land.“ Nach wie vor gebe es in Kärnten zu viele Spitalsbetten, so Gabriel. Und ambulante Versorgungsmöglichkeiten müssten ausgebaut werden.

Äußerst vielsagend ist, dass dieses Geheimprotokoll samt Aufforderung, die Arbeitsplatz- und Standortgarantien zu überdenken, einstimmig im Aufsichtsrat beschlossen wurde. Sogar die Arbeitnehmervertreter mit Zentralbetriebsratsobmann **Arnold Auer** stimmten zu, ebenso die Vertreter aller Parteien. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Da wird die Politik aufgefordert, über Job-Abbau und Standortschließungen nachzudenken, und die sieben im Aufsichtsrat sitzenden Vertreter der 6314 Kabeg-Mitarbeiter befürworten das.

☆

Dass niemand aus der Politik den Mumm hat, den Kärntnern die Wahrheit über das kaum noch zu finanzierende Gesundheitswesen zu sagen, ist überdies bedenklich.

Aber typisch . . .